

Wir Steirer

Impressum: F.d.Lv.: FPÖ-Bezirkspartei Weiz, Lederergasse 12, 8160 Weiz,
Email: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95,
Bezirksparteibmann Patrick Derler

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

GLEISDORF
AUSGABE MÄRZ 2021



Frohe Ostern!

Harald Lembacher

**Stadtparteibmann
Harald Lembacher**
Gemeinderat



FPÖ. Nur stark mit EUCH!



Liebe Gleisdorferinnen und Gleisdorfer,



das neue Jahr ist auch schon wieder über zwei Monate alt und wir müssen leider feststellen, dass es bislang nicht viel besser verlaufen ist als das abgelaufene. Nach 5 Wochen Dauerlockdown seit Weihnachten durften wir ab 08.02.2021 wieder ein bisschen mehr freie Luft atmen. Wobei, ganz so ist es nicht, eigentlich stecken wir ja jetzt unter dichteren Masken als je zuvor. Es ist derzeit, beim Verfassen dieser Zeilen, auch völlig unmöglich vor auszusehen, wie die Situation in Tagen oder Wochen sein wird. Ein verlässliches Maß, wann auf- oder zugesperrt wird, wieviel Meter Abstand oder Quadratmeter Platz man wann wem wo zuzugestehen soll, fehlt völlig. Und damit jede Planbarkeit. Zu befürchten ist, dass sich die Hoffnung auf eine „Lösung“ innerhalb weniger Monate durch eine Impfung zerschlägt. Realistischer Weise werden wir noch viel länger mit diesem Virus und seinen unzähligen Mutationen leben müssen. Das bedeutet aber auch, dass wir nicht „ewig“ alles zusperren werden können. Deshalb wird man um eine Öffnung sämtlicher Bereiche nicht herumkommen.

Für unser Gleisdorf muss das bedeuten, dass sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens grundsätzlich, wohl mit Einschränkungen, aber doch wieder zu öffnen sind. Wir können es uns nicht leisten, auf Monate hinaus das soziale und wirtschaftliche Leben mit Steuergeld zu alimentieren, denn der Rattenschwanz der negativen Konsequenzen aus Jobverlust, Konkurs und Armut wird immer länger und dramatischer. Die Alarmglocken schrillten bei uns in Gleisdorf bereits zum Ende des letzten Jahres. Die Bürgermeister-Partei war nicht in der Lage, den Budgetentwurf für 2021 so zeitgerecht vorzulegen, dass eine angemessene Durchsicht und Beratung im Gemeinderat möglich gewesen wäre. Gerade in Zeiten der knappen Kassen ist es aber geboten, den Finanzentwurf genau zu prüfen und sich insbesondere auf die nötigen und dringenden Dinge zu beschränken. Die Bundesregierung mag hier mit

schlechtem Beispiel vorangehen und der Volksvertretung in letzter Minute entscheidende Gesetzesentwürfe auf den Tisch knallen, um sich eine kritische parlamentarische Diskussion möglichst zu sparen. Die Stadt-ÖVP sollte hier aber dem Beispiel der großen weiten Welt nicht folgen. Schließlich hatte Bürgermeister Stark nach unseren Einwänden ein Einsehen und brachte den Entwurf nicht auf den letzten Drücker ein. Wir von der FPÖ haben ihm nach Prüfung letztlich auch NICHT ZUGESTIMMT. Dass in diesen Zeiten ein Budgetposten wie z.B. der Kulturbereich um EUR 120.000,00 bei einem Abgang von EUR 800.000,00 mehr bekommen soll, ist nicht rechtfertigbar. Wird hier nach dem Motto „Wenn das Volk kein Brot hat, dann soll es doch Kuchen essen“, agiert? Oder hofft man mit ein bisschen Unterhaltung von der scheiternden Corona-Strategie ablenken zu können? Nachdem sich die ÖVP-Gleisdorf im parteiübergreifenden Jugendprojekt Plan G in den letzten Jahren maximal dann eingebracht hatte, wenn es PR-Foto-tauglich war, stattet man nun, da man über eine komfortable Mehrheit im Gemeinderat verfügt, auch dieses Projekt mit satten EUR 20.000,00 aus. Die FPÖ Gleisdorf hat sich in Anbetracht dieses fürstlichen Geldsegens entschlossen, bei diesem „Spiel“ nicht mitzumachen und in Krisenzeiten nicht als oppositionelles Feigenblatt für eine PR-Show der schwarzen Nachwuchspolitikergarde zu dienen. Auch aus diesem Grund haben wir dem Budgetentwurf für 2021 nicht zugestimmt.

Das Tüpfelchen auf dem i war dann noch ein Dringlichkeitsantrag der Stadt-ÖVP zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria in Gleisdorf. Den eigenen Leuten dreht man die wirtschaftliche Lebensader ab, sperrt sie mittels „Ausgangsbeschränkungen“ wochenlang weg und untersagt ihnen ihre sozialen Kontakte, aber ein paar Wirtschaftsflüchtlinge will man auf Steuerzahlerkosten extra aus Griechenland einfliegen lassen. Freilich nur so lange, wie es opportun erscheint. Wenn nötig, schiebt man dann mittels medienwirksamen Polizeieinsatzes (wieder) ab. Wenn der Spagat gelungen ist, kann man sich dann freudig zuprosten, wie zuletzt auf Facebook, wo man sich in einem Clip schon auf den 47. Oststeirerball 2022 freut. Irgendwie hat da jemand den Bezug zur Realität inzwischen völlig verloren, meint Ihr.

StPO GR **Harald Lembacher**



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in Zeiten von sich widersprechenden Corona Maßnahmen – die scheinbar nur der Gängelung von Bürgern dienen – und in denen man – entgegen der Empfehlungen von Institutionen wie der EU-Gesundheitsbehörde oder der WHO – zum Tragen von Staubschutzmasken gezwungen wird, die so viel sicherer sind, dass man statt 1m nun 2m Sicherheitsabstand braucht, sollten wir nicht das Thema Migration aus den Augen verlieren. Scurrilerweise ist ja die Landesgrenze nach Tirol besser gesichert als die österreichische Aussengrenze und Corona Reisebeschränkungen gelten scheinbar nicht für Migranten. Die Bundesregierung lässt wirklich nichts aus, um unser schönes Land zu einer Bananenrepublik zu degradieren. In diese Kerbe hat lustigerweise auch die türkische Truppe der Stadt Gleisdorf unter Christoph Stark bei der letzten Gemeinderatssitzung geschlagen. Stichwort Moria, ein Migrationslager, niedergebrennt von Migranten um die Weiterreise in die Länder in denen Milch und Honig fließen, zu erzwingen.

Wie zu erwarten, wurde hier von der Fraktion der Grünen ein Resolutionsantrag eingebracht, dass die Stadtgemeinde Gleisdorf sich doch dazu bekennen sollte hier Migranten aufzunehmen und an die Bundesregierung zu appellieren etwas zu tun. Wie ebenfalls zu erwarten, wurde der Antrag von der FPÖ wie auch von der ÖVP abgelehnt. Komischerweise brachte aber direkt im Anschluss die ÖVP einen annähernd gleichen Antrag ein, der nur etwas umformuliert wurde. Dieser wurde natürlich mit der ÖVP Mehrheit im Gemeinderat angenommen. Die FPÖ hat auch hier dagegen gestimmt. Hier ein kleiner Auszug aus dem Antrag der ÖVP.

„Sollte es zu einer Verteilung von Flüchtlingen in Europa und Österreich kommen, wird sich die Stadtgemeinde Gleisdorf nach Kräften bemühen, Schutzsuchende, insbesondere aus griechischen Flüchtlingslagern, den vorhandenen Kapazitäten entsprechend aufzunehmen.“

Dieses Vorgehen ist aus meiner Sicht an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbieten. Erst den Antrag der Grünen ablehnen um dann einen eigenen, ähnlichen Antrag anzunehmen.

Ich vertrete ja die Meinung, dass wir bereits mehr als genug Migranten in Österreich haben. Viele mit negativem Asylbescheid, die nur geduldet werden. So lange sich auch nur noch einer dieser „geduldeten“ Personen in Österreich befindet, sollte man nicht einmal im Ansatz darüber nachdenken neue Migranten aufzunehmen.

Aus der aktuellen Broschüre „Zahlen, Daten und Fakten zu Migration & Integration“ des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) geht hervor, dass 1,765 Millionen Menschen, die Anfang 2020 in Österreich gelebt haben, nicht in Österreich geboren sind – das ist jeder fünfte Einwohner. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung – 19,8 Prozent – ist in den vergangenen fünf Jahren um 2,5 Prozentpunkte gestiegen. 22,5 Prozent betrug der Anstieg in der Steiermark!

In vielen Schulen – vornehmlich in den größeren Städten – sind die österreichischen Kinder bereits in der Minderheit und der Trend geht immer mehr in diese Richtung. Das ist eine Entwicklung, der unbedingt gegenzusteuern ist, wollen wir nicht in wenigen Jahren fremd im eigenen Land sein. In diesem Sinne, sollten Sie Ihren Blick ruhig mal von Corona abwenden und diesen auch auf andere Themen, die ebenfalls uns alle betreffen, richten.

Ihr GR **Willibald Spörk**



GR Willibald Spörk



Antrag der ÖVP:

Die Stadtgemeinde Gleisdorf erklärt ihren Standpunkt zur Situation der Flüchtlingslage in Griechenland:

Die unfassbare Lage in den griechischen Flüchtlingslagern ist hinlänglich bekannt und sorgt bei den allermeisten Menschen für große Bestürzung und Betroffenheit. Situationen wie diese, wo schutzbedürftige Menschen unter widrigsten Bedingungen leben müssen sind absolut inakzeptabel für eine Gesellschaft und die europäische Gemeinschaft, die auf Humanität und Menschenrechte basiert. Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gleisdorf beschließt und erklärt daher folgendes:

1. Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gleisdorf richtet folgenden Resolutionsantrag an die österreichische Bundesregierung:

- Die österreichische Bundesregierung soll sich für
- a) die Erhöhung des politischen Drucks auf Griechenland einsetzen, damit die dorthin fließenden und geflossenen Hilfsgelder den in Griechenland aufhältigen Flüchtlingen zugutekommen und ihnen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.
 - b) aufende Hilfsprojekte (wie zB das Projekt von SOS Kinderdorf) einsetzen und diese noch weiter unterstützen.
 - c) einen funktionierenden EU-Verteilungsschlüssel für Schutzsuchende einsetzen.

ABGELEHNT

2. Sollte es zu einer Verteilung von Flüchtlingen in Europa und Österreich kommen, wird sich die Stadtgemeinde Gleisdorf nach Kräften bemühen, Schutzsuchende, insbesondere aus griechischen Flüchtlingslagern, den vorhandenen Kapazitäten entsprechend aufzunehmen. Dabei sollen vor allem unbegleitete Minderjährige, Familien, Frauen, andere äußerst vulnerable Personengruppen besonders berücksichtigt werden. Gleichzeitig braucht es eine umfassende Vorbereitung (Schule, Gesellschaft, etc.), um eine gute Betreuung sicherzustellen!
3. Als Zeichen der aktiven Hilfe sind alle GemeinderätInnen eingeladen, sich laufenden Hilfsprojekten anzuschließen und diese auch persönlich zu unterstützen.

Herr BGM Stark wird vom Gemeinderat beauftragt, diese Erklärung und Resolution unmittelbar nach Beschluss vom Gemeinderat an die österreichische Bundesregierung zu übermitteln.



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Jetzt und auch in Zukunft:

- ➔ Heimatbewusstsein stärken
- ➔ Volkskultur fördern
- ➔ Traditionen bewahren


Mario Kunasek
Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs

Impressum: FPÖ Landtagsklub (Herrengasse 16/2, 8010 Graz)